

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf. Postbezug monatlich 2.80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlässätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlaß hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. V. Förster's Erben. Verantwortlich für Deriliches u. Sächsisches, Unterhaltungs- u. Sport u. Anzeigenteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. II.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 59

Dienstag, den 10. März 1936

88. Jahrgang

England prüft die deutschen Vorschläge

Eden vor dem Unterhaus

Der englische Ministerrat beschäftigte sich am Montagvormittag eingehend mit dem deutschen Memorandum. Am Nachmittag gab dann der englische Außenminister Eden die von der ganzen Welt mit großer Spannung erwartete Stellungnahme der englischen Regierung im Unterhaus bekannt.

Unter der ungeteilten Aufmerksamkeit des Parlaments führte Eden u. a. aus, er habe dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß die deutsche Handlung im Rheinland die einseitige Aufkündigung eines frei verhandelten und frei unterzeichneten Vertrages bedeute. Die Wirkung auf die britische Öffentlichkeit müsse bedauerlich sein. Das Aufgeben des Locarno-Vertrages und die Befehung der entmilitarisierten Zone hätten das Vertrauen in jede Vereinbarung, die die deutsche Regierung in Zukunft schließen würde, tief erschüttert. Niemand im Unterhaus könne diesen Schritt billigen oder entschuldigen. Er füge dem Grundsatz der Heiligkeit der Verträge einen schweren Schlag zu.

Er, Eden, sei jedoch dankbar dafür, sagen zu können, es gebe keinen Grund für die Annahme, daß die gegenwärtige deutsche Handlung die Drohung von Feindseligkeiten in sich schließe. Die deutsche Regierung spreche in ihrem Memorandum ausdrücklich von ihrem Wunsch nach wahren Frieden und drücke den Wunsch nach Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Frankreich und Belgien aus.

Um Mißverständnisse über die Stellung Englands als Unterzeichner des Locarno-Vertrages auszuschließen, halte er es für notwendig zu erklären, daß, falls sich während der Zeit, die für die Erörterung der neuen Lage notwendig sein würde, ein tatsächlicher Angriff auf Frankreich oder Belgien ereignen sollte, der eine Verletzung des Artikels 2 des Locarno-Vertrages wäre, die britische Regierung trotz der Aufkündigung des Locarno-Vertrages durch Deutschland sich durch ihre Ehre für gebunden halten würde, wie in dem Vertrag vorgesehen, dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Eine der wichtigsten Grundlagen des Friedens in Westeuropa sei beeinträchtigt worden.

Wenn der Frieden gesichert werden solle, bestände die Pflicht, ihn wieder aufzubauen. In diesem Geist müsse man die deutschen Vorschläge herangehen. Die britische Regierung werde sie mit klarer Einsicht und sachlich prüfen, um festzustellen, in welchem Ausmaß sie das Mittel darstellten, die Struktur des Friedens wieder zu stärken. Angesichts der schweren internationalen Lage dürfe keine Gelegenheit verpaßt werden, um die Struktur des Friedens zu verbessern.

Die Durchführung der englischen Aufrüstung

Das Unterhaus soll die Regierungsvorschläge billigen. Nachdem Eden seine Erklärung beendet hatte, beantragte Premierminister Baldwin, das Unterhaus möge die Vorschläge der Regierung billigen, die in dem Weißbuch über die Verteidigung enthalten seien.

Zur Begründung führte er aus, die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die auswärtige Politik seien so eng und fest miteinander verbunden, daß man über die eine nicht ohne die andere beraten könne. Daher werde er sich auch mit der englischen Außenpolitik befassen; ihr Ziel sei, den Frieden für die Völker des britischen Reiches und für die Völker der Welt zu sichern. Die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, beständen in der kollektiven Sicherheit und Freundschaft. Um kollektive Sicherheit zu erhalten, gehöre England dem Völkerbund an. Freundschaft suche England mit allen Völkern der Erde.

Die entkündigenden Ergebnisse jedes Versuches, zu einer internationalen Abrüstung zu kommen, das Anwachsen der Rüstungen in anderen Ländern zusammen mit dem Auftreten einer Reihe beunruhigender Dinge in der internationalen Lage hätten Groß-Britannien keine andere Wahl gelassen, als die britischen Verteidigungsmittel zu überprüfen. Die Regierung habe wiederholt ihrer Bereitschaft Ausdruck gegeben, ein internationales Abkommen über Rüstungsmaßnahmen abzuschließen. Obwohl diese Vorschläge bisher nicht angenommen worden seien, hoffe die Regierung immer noch, daß man eine Grundlage finden werde, auf der Übereinkommen für die Begrenzung der Rüstungen getroffen werden können; sie werde jede Gelegenheit, die sich hierzu bietet, nützen. Diese Worte, so führte Baldwin aus, sind vor dem Wochenende geschrieben worden, aber ich wiederhole sie als das, wofür die Regierung arbeiten wird.

Wir werden fortfahren, unsere Stellung, unser Ansehen und unseren Einfluß dazu zu verwenden, um zu einer Befriedung der internationalen Unruhe beizutragen und den Grundsätzen der Völkerbundsjahung zum Erfolg zu verhelfen. Aber keine Regierung dieses Landes kann die etwaige Gefahr eines Konfliktes irgendwo anders in der Welt übersehen, die trotz der wohlgemeinten Anstrengungen für eine Befriedung vorhanden sind. Während wir versuchen, festzustellen, was zu tun sei, um einen Streit zu vermeiden, werden wir nicht vor der unvermeidlichen Verantwortung zurückzuschrecken oder absichtlich die Verteidigung unseres Landes schwach oder schlecht aufgerüstet lassen.

Die kollektive Sicherheit habe sich als unfähig erwiesen; den Ausbruch des Afrikanischen Krieges zu verhindern; sie müsse aber der Gesamtidee nach einen Krieg verhindern können, bevor er beginne. Er, Baldwin, sei der Überzeugung, daß ein Krieg nicht zu verhindern sei, wenn der Angreifer nicht wisse, daß sein Vorgehen sofort auf bewaffnete Gegnerschaft treffen würde. Nach den gegenwärtigen Wirren müsse Europa erwägen, was die kollektive Sicherheit bedeute. Es müsse sich darüber schlüssig werden, ob es von ihr Gebrauch machen wolle. Er hoffe, daß das geschehen werde; das werde aber nicht an einem Tag getan sein. Im System der kollektiven Sicherheit entfielen auf England, das die größte Seemacht in Europa sei, auch die größten Lasten. Was sich in den letzten Monaten ereignet habe, zeige dies offensichtlich. Die vorangegangenen Regierungen seien bei der Aufstellung der Haushalte für die Wehrmacht in den letzten zehn Jahren von der Ansicht ausgegangen, daß es keinen größeren Krieg in Europa geben würde.

Baldwin stellte dann fest, daß die Vorschläge über das notwendige Maß nicht hinausgingen und daß der Aufrüstungsplan elastisch sein müsse, damit die Pläne geändert werden könnten, je nachdem sich die internationale Lage zum Besseren oder zum Schlechteren ändere.

England wünscht die dreifache Freundschaft

Baldwin erklärt: „Wir bewahren unseren kühlen Kopf“

Am Schluß ging Baldwin auf die gegenwärtige internationale Lage ein. Trotz der Unruhe in den internationalen Beziehungen, so sagte er, wollen wir unsere ganze Kraft auf eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern verwenden.

Das Haus wird die Erklärung des Außenministers Eden mit gemischten Gefühlen gehört haben. Es gibt niemand in diesem Haus, der ihm nicht Erfolg auf seiner Reise wünscht. Der Frieden in Europa kann nicht von Dauer sein, wenn der jahrhundertalte Argwohn zwischen Frankreich und Deutschland bleibt. Die Gründe für den Argwohn gehen weit in die Geschichte zurück. Unsere englische Geschichte hat nichts, was uns in den Stand setzt, das zu verstehen. Aber mit diesem Argwohn, mit diesem französischen Wunsch nach Sicherheit und dem deutschen Wunsch nach Gleichberechtigung sind unsere schönsten Hoffnungen wieder und wieder zunichte gemacht worden, manchmal durch die Franzosen, die unserer Ansicht nach eine Gelegenheit verpaßt haben, ein Angebot anzunehmen (Beifall) und andererseits durch Deutschland, das etwas tat, das zum Bruch eines Vertrages führte und was uns erschütterte. Aber auch wenn es in dieser Weise gehandelt hat, so war es, wie ich glaube, nicht seine Absicht, die Empfindlichkeit der Franzosen zu verletzen. Für uns sieht es in diesem Augenblick nach all diesen Jahren des Krieges so aus, als ob diese alten üblen Einflüsse sich wieder durchsetzen. Es mag heute weniger Hoffnung vorhanden sein als seit langem, daß man diese beiden Länder wieder zusammenbringe.

Jedoch berühren uns in unserem Land keine dieser alten geschichtlichen Gefühle. Wir haben keinen heißeren Wunsch, als so zu handeln, daß wir unseren kühlen Kopf bewahren und fortfahren, Frankreich und Deutschland in Freundschaft mit uns zusammenzubringen. Ich wiederhole, was ich vor fünf Monaten gesagt habe: es kann keinen dauernden Frieden geben, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse fortauern. Die einzige Hoffnung liegt in der Herstellung jener dreifachen Freundschaft. Bis dieser Tag anbricht, wird es in Europa in größerem oder geringerem Ausmaß Schwierigkeiten, Krisenzeiten und Zeiten der Panik geben. In dieser Zeit, in der unser Einfluß von größter Bedeutung sein könnte, kann sich unser Land am wenigsten leisten, schwach zu sein.

Nach der Rede Baldwins brachte Major Attlee für die Arbeiterparteiliche Opposition einen Änderungsantrag

ein, der die Aufrüstungspolitik der britischen Regierung mit der Begründung verurteilt, daß sie nicht in Einklang zu bringen sei mit dem Grundsatz der kollektiven Sicherheit. Attlee beschuldigte hierauf die englische Regierung der Mittäterenschaft bei Vertragsbrüchen. Erst kürzlich sei die Regierung bereit gewesen, im Falle Absehens das gesamte kollektive Sicherheitssystem zu verraten. Das Weißbuch sei lediglich ein Lippendienst am Völkerbund und stelle in Wirklichkeit nichts anderes dar als ein Dokument der Landesverteidigung. Je mehr Rüstungen England anhäufe, um so unruhiger werde die Bevölkerung. Die Regierung müsse einen neuen Anfang machen und sich mit den Ursachen des Krieges beschäftigen, wenn sie nicht eine Wiederholung der Zeit von 1914 wolle.

Der Führer der Oppositionsliberalen Sinclair bemängelte an dem Weißbuch das Fehlen einer klaren, weitläufigen Politik; er begrüßte hierauf die von Eden am Nachmittag über Deutschland abgegebene Erklärung und gab insbesondere seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung endgültig entschlossen sei, Hitlers Vorschlag zu prüfen und daß alle Entscheidungen im Geist getroffen werden sollten. Zur britischen Aufrüstung erklärte der Redner, England müsse für die Wiederherstellung des internationalen Handels und zur Abschaffung der Beschränkungen anderer mindestens ebenso große Opfer bringen, wie es jetzt für Verteidigungszwecke verlange.

Abschließend sprach der frühere Außenminister Sir Samuel Hoare, der von den Regierungsbänken mit langanhaltendem Beifall begrüßt wurde. Während seiner Amtszeit als Außenminister habe er es als seine Hauptpflicht betrachtet, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland, Frankreich und England zu beseitigen. Er habe sein Außerstes getan, um einen Luftpakt zwischen diesen Ländern zustande zu bringen und sei hierbei gescheitert. Er wolle die Schuld hierfür nicht diesem oder jenem Lande zuschreiben, aber Tatsache sei, daß der Luftpakt in den letzten Monaten in immer größere Ferne zu rücken scheine. Was das Vorgehen Deutschlands im Rheinland angehe, so sei diese Aktion nach seiner Ansicht ein schwerer Fehler. Er glaube, sie bedeute einen neuen und störenden Faktor in der internationalen Lage, der die gesamten Grundlagen der internationalen Abmachungen erschüttere. Aus diesem Grunde stimme er völlig mit der Erklärung Edens über die Verurteilung dieses flagranten Vertragsbruchs überein. Er warne jedoch vor voreiligen Schritten. Der frühere Außenminister besahe sich dann im einzelnen mit den englischen Abrüstungsvorschlägen und erklärte, daß die Industrie in den nächsten zwölf Monaten in die Lage versetzt werden müsse, die größtmögliche Anzahl von Flugzeugen herzustellen.

Amtlicher Teil Seite 5

